



StPr'in / Osa / 1. SR / SR / 10.1 / 40 / 61

0241/2013/An

7 012.15 ab 2.12.15/11

SPD-Rathausfraktion-Großflecken75-24534 Neumünster

Sozialdemokratische Rathausfraktion der
Stadt Neumünster

Frau Stadtpräsidentin
Anna-Katharina Schättiger
Großflecken 59

Großflecken 75
24534 Neumünster

24534 Neumünster

Telefon 04321/929830
Telefax 04321/929831

E-Mail: rathausfraktion@spd-
neumuenster.de

Neumünster, den 01.12.2015

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
setzen Sie bitte folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der nächsten Ratsversammlung.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Andresen und Fraktion

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Stadt Neumünster wird zukünftig Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden politischen Entscheidungen beteiligen und damit die notwendige Demokratieförderung weiter verbessern.

Daher soll eine ehrliche und nachhaltige Beteiligung für Kinder und Jugendliche nach folgenden Grundsätzen ~~ausgehen:~~ *erfolgen:*

1. Auf der Grundlage von § 47 Abs. 1 u. 2 der Gemeindeordnung SH wird ein Kinder- und Jugendparlament gebildet mit folgenden Aufgaben :
 - Antrags- und Rederecht in allen städtischen Ausschüssen
 - Anhörung bei allen kinder- und jugendrelevanten Vorhaben
 - Beratung von Anträgen der Jugendverbände, polit. Jugendorganisationen , Kitas , Jugendhäuser , Schülervertretungen und Initiativen .
2. Die Stadt unterstützt aktiv Projektformen zur Demokratieförderung durch Beratung und Hilfestellung und wenn erforderlich, mit Zuschüssen.
3. Aktive Unterstützung als Schulträger bei der Bildung einer Kreisschülervertretung und deren positiver Begleitung.
4. Die Aktion Jugendzentrum e.V. (AJZ) ist unverzichtbar für Neumünster. Die vielfältigen partizipativen Angebote und das stetige Engagement gegen rechtsradikale Tendenzen unter Jugendlichen zeichnet es aus. Auch die anderen verbliebenen Jugendhäuser

müssen besser unterstützt werden.

Im Zuge zunehmender Betreuungsangebote in den Schulen (Schulsozialarbeit) müssen diese noch besser in die vorhandenen Angebote integriert werden. Die außerschulische Bildung muss sowohl integraler Bestandteil einer konzeptionell umfassenden Demokratiepädagogik sein, als auch wesentliche Berücksichtigung im Rahmen einer gleichberechtigten Kinder-und Jugendbeteiligung erfahren.

5. Bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses wird den Jugendverbänden empfohlen, möglichst junge Vertreter u. Vertreterinnen (z.B. bis 35 J.) vorzuschlagen.
6. Die vor Jahren im Zuge von Sparmaßnahmen eingestellte Förderung der Jugendorganisationen demokratischer Parteien, wird ab dem 1.1.2016 wieder aufgenommen. Im Nachtragshaushalt 2016 werden dafür 15.000 Euro bereitgestellt.
7. Zur Förderung der Demokratieentwicklung in Kitas wird ein „ Partizipationspreis“ , der alle zwei Jahre vergeben wird, ausgelobt. Die dafür notwendigen Regularien werden von der Verwaltung erstellt und dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung:

Im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2015/16 wurde auf Antrag der SPD ein Prüfauftrag zur Einrichtung eines Jugendparlaments beschlossen. Diesen Auftrag ist die Verwaltung bisher nicht nachgekommen, deshalb ist jetzt die Selbstverwaltung gefordert, die notwendigen Aufträge zu formulieren.

Kinder-und Jugendbeteiligung findet in Neumünster nur vereinzelt durch Projekte oder engagierte Stadtteilbeiräte statt. Dieses Defizit spiegelt sich unter anderem in der sehr geringen Wahlbeteiligung und dem kaum wahrnehmbaren Interesse an kommunalpolitischen Themen wieder. Insbesondere in schwierigen sozialen Milieus oder sozialdemografisch schwachen Stadtteilen wirken sich fehlende Beteiligungsformen gravierend aus.

Noch nie gab es so viele sozialpädagogische Fachkräfte in den Schulen, die mit den Organisationen und Institutionen der Jugendarbeit und Jugendhilfe zusammen arbeiten sollten. Hierin besteht eine gute Chance zur Verbesserung von Demokratieerziehung von Kindern und Jugendlichen.

Da es inzwischen wieder gut funktionierende und engagierte Jugendorganisationen der demokratischen Parteien in Neumünster gibt (z.Zt. Junge Union, Jungliberale u. Jungsozialisten). Sollte man die eingestellte Förderung wieder aufnehmen. Die pol. Jugendorganisationen sind ein wichtiger Faktor für die Demokratieförderung der jungen Generation.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.